Schwerpunkt:
Imrali-Gespräche
Civaka Azad
Infoblätter
Ausgabe 3 / März 2013

Dialog zwischen Öcalan und türkischer Regierung

Auf dem Weg zu Friedensverhandlungen?

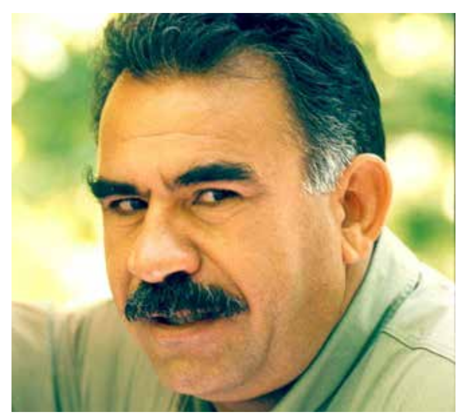
Aktuell wird die soziale und politische Tagesordnung in der Türkei und in Kurdistan von der Wiederaufnahme des Dialogprozesses zwischen dem türkischen Staat und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) bestimmt. Nachdem Ministerpräsident Erdogan in einem Interview mit einem türkischen TV-Sender am 28. Dezember Gespräche zwischen dem türkischen Staat und dem auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan bestätigte, fuhren am 3. Januar die beiden Abgeordneten der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und des Demokratischen Volkskongresses (DTK) Ahmet Türk und Ayla Ata Akat nach Imrali. Dies war das erste Mal, dass Parlamentsabgeordnete Öcalan besuchen konnten. Am 23. Februar fuhr eine zweite Delegation – die BDP-Abgeordneten Pervin Buldan, Sirri Süreyya Önder und Altan Tan – nach Imrali.

Die kurdische Frage ist u.a. als Resultat einer Verleugnungs- Vernichtungs- und Assimilationspolitik des türkischen Staates zu sehen. Kurz nach der Republikgründung 1923 setzten die kemalistischen Eliten eine auf einer Nation, einer Flagge, einer Sprache und einer Kultur basierende Staatsdoktrin durch. Die Existenz sämtlicher weiterer in der Türkei lebenden Ethnien wurde samt ihrer jeweiligen Kulturen geleugnet. Die kurdische Bevölkerung ist mit über 20 Millionen Menschen die größte dieser „Minderheiten". Ihr wurden sämtliche sozialen, politischen und kulturellen Rechte aberkannt. Um die genannte Doktrin durchzusetzen, ließen die Regierungen Aufstände in den 1920er und 1930er Jahren blutig niederschlagen und errichteten in den kurdischen Provinzen ein brutales Besatzungsregime. Das Leben der kurdischen Kultur und der Gebrauch der kurdischen Sprache wurden unter Strafe gestellt.

Historische Entwicklung

Hauptsächlich aus der Studentenbewegung der späten 1960er Jahre formierte sich, nach einer langen Phase der Ohnmacht, erneut kurdischer Widerstand. Aufgrund der Unterdrückung und Vernichtung jeglicher Opposition – insbesondere nach dem Militärputsch 1980, als jede demokratische Partizipationsmöglichkeit verhindert wurde, entschloss sich die kurdische Bewegung, die sich um Abdullah Öcalan formierte, die elementaren Grundrechte der KurdInnen u.a. durch einen Guerillakrieg zu erkämpfen.

Die PKK gewann schnell eine Massenbasis in der Bevölkerung und begann am 15. August 1984 mit dem bewaffneten Widerstand. U.a dadurch und durch intensive zivilgesellschaftliche Bildungsprozesse zwang die PKK den türkischen Staat die Realität der KurdInnen wahrzunehmen. Seit Beginn des bewaffneten Kampfes gab es wiederholt intensive Friedensbemühungen und Gespräche zwischen beiden Seiten. Die Hauptforderung der kurdischen Seite war dabei die verfassungsrechtliche Anerkennung der Rechte der kurdischen Bevölkerung sowie sämtlicher Minderheiten und Ethnien.



Obwohl der PKK Vorsitzende Abdullah Öcalan seit dem 15.Februar 1999 auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftiert ist, kommt die türkische Regierung nicht umhin, ihn als Partner für mögliche Friedensgespräche zu akzeptieren

Editorial

Liebe LeserInnen,

bei unserer dritten Ausgabe der Civaka Azad Infoblätter wollen wir einen Blick auf den Dialogprozess auf Imrali werfen.
Der Dialog mit dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan ist auf dem Weg in Richtung einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage unumgänglich. Aber allein damit ist noch kein Frieden gemacht. Von einem Lösungsprozess zu sprechen, während die Repressionen und der Krieg in Kurdistan weitergehen, ist abwegig. Und die kurdische Freiheitsbewegung hat bereits klargestellt, dass sie den Lösungswillen der türkischen Regierung ausschließlich an ihrer Praxis messen will.
Wir wollen mit dieser Ausgabe der Infoblätter zu einem besseren Verständnis des gegenwärtigen Prozesses beitragen.



Jürgen Klute, GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament

Die Gespräche zwischen der türkischen Regierung und Öcalan sind ein wichtiger Schritt, aber das ist nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer politischen und friedlichen Lösung. Der Weg zu Frieden und Versöhnung ist noch weit. Er kann nur gegangen werden, wenn es gelingt, Vertrauen aufzubauen. Friedensverhandlungen sind keine Machtspiele. Friedensverhandlungen kann man nur gemeinsam gewinnen oder gemeinsam verlieren. Die Initiative ist von der türkischen Regierung ausgegangen. Sie hat damit auf jahrelange Forderungen weiter Teile der kurdischen Bewegung reagiert. Premierminister Erdoğan hält allerdings die Zügel in der Hand – die Zügel für einen erfolgreichen Friedensprozess müssen aber von allen Seiten gehalten werden.

06. Februar 2013 bei einer Debatte im Europäische Parlament über den Dialog für eine friedliche Lösung der Kurdischen Frage in der Türkei in Strasbourg

Seit 1993 - Gespräche zwischen Öcalan und den türkischen Regierungen

Bereits 1993 fanden erste Gespräche zwischen Abdullah Öcalan und der türkischen Regierung statt. Staatspräsident Turgut Özal erkannte die kurdische Realität und begriff, dass die kurdische Frage nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden kann. In Folge indirekter Gespräche verkündete Abdullah Öcalan am 20. März 1993 den ersten einseitigen Waffenstillstand der PKK. Bereits kurz vor seiner völkerrechtswidrigen Entführung am 15. Februar 1999 aus Kenia stärkte Öcalan seine Friedensbestrebungen. Nach seiner Inhaftierung intensivierte er diese weiter und sorgte für den Rückzug der Guerilla aus der Türkei. Transformationen im politischen Weltsystem Anfang der 2000er Jahre zogen im Mittleren Osten gravierende Veränderungen nach sich. Auch das politische System der Türkei wandelte sich. War die Türkei in den späten 1980er und den 1990er Jahren von fragilen sich ständig neu zusammensetzenden Regierungskoalitionen geprägt, konnte sich ab 2002 die islamisch-konservative Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) als beständige Regierungskraft durchsetzen. Sie fand durch ihre neoliberale Politik eine pragmatische Anpassung an die sich ändernden gesellschaftlichen und weltpolitischen „Anforderungen“.

Gespräche mit dem MIT

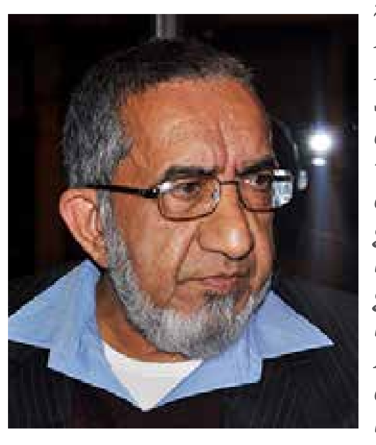
U.a. durch die Irakinvasion der USA 2003 änderten sich auch die Politiken der Türkei, des Irans und Syriens. Im Norden des Iraks formierte sich ein autonomes „de facto“ staatliches Gefüge der dortigen kurdischen Kräfte. Aufgrund der Transformation des Machtgefüges in der Türkei, änderte sich der Dialogpartner für die kurdische Seite. Die AKP dominiert mittlerweile die Verwaltung, die Sicherheitskräfte und das Militär mit ihren Eliten und hat somit die vorherige Dominanz des Militärs zurückgedrängt. Mittlerweile führen nicht mehr Vertreter des Militärs sondern Mitglieder des türkischen Nachrichtendienstes MIT die Verhandlungen mit Öcalan. Diese wurden 2009 nach Bildung einer Delegation, in der neben hochrangigen MIT-Vertretern auch Hakan Fidan, damaliger Sondergesandter von Erdogan und heutiger MIT-Direktor, war, begonnen. Diese Delegation verhandelte direkt mit Abdullah Öcalan auf Imrali sowie mit führenden PKK-Vertretern an mehreren Orten, wie u.a. in Kandil und Oslo.

Nach Abbruch der Gespräche - intensiver Widerstand

Nach den Parlamentswahlen am 12. Juni 2011 brach die türkische Regierung diese Verhandlungen einseitig ab. Daraufhin intensivierte die AKP juristische Repression und Militäroperationen. Ca. 10.000 KurdInnen, darunter 37 BürgermeisterInnen und 6 wurden inhaftiert. Trauriger Höhepunkt dieser Eskalationspoli-

Wir befinden uns in einem politischen Prozess. Das ist ein Prozess, den eigentlich der türkische Geheimdienst MIT nicht tragen kann. Die Politiker müssten diesen Prozess tragen. Am Tisch müssen Erdoğan und Öcalan sitzen. Sie müssen alle Details in einem Verhandlungsprozess diskutieren. (…)

Natürlich muss Öcalan auch aus der Haft entlassen werden. Dies wird ein Schritt der Verhandlungen sein. Die Bedingungen werden sich ändern und er wird freigelassen. In Südafrika haben die eigentlichen Verhandlungen erst angefangen, als Mandela aus der Haft entlassen wurde. Als er noch in Haft saß, gab es Gespräche, aber keine Verhandlungen. Zu den Bedingungen für die Aufnahme der Verhandlung gehörten die Freilassung Mandelas und aller politischer Gefangene, sowie die Einreisemöglichkeit aller, die ins Exil getrieben worden waren. Und diese Bedingungen wurden erfüllt. Danach begannen dann die Verhandlungen.



Essa Moosa, ehemaliger Rechtsanwalt von Nelson Mandela

21. Januar 2013 in der Tageszeitung „Özgür Gündem



tik war das Massaker von Roboski am 28. Dezember 2011, bei dem 34 kurdische ZivilistInnen in Folge von Bombardierungen aus der Luft ums Leben kamen. Im Vorfeld nannte der türkische Ministerpräsident die „Tamilische Lösung“ als Ziel der türkischen Regierung. Das bedeutete den Versuch eines intensiven Liquidationskriegs gegen die kurdische Freiheitsbewegung.

Darauf reagierten die Volksverteidigungskräfte (HPG) mit einer Frühjahrs- und Sommer-offensive. In diesem Rahmen gelang es der Guerilla die militärische Kontrolle über ein großes Territorium entlang des türkisch-irakisch-iranischen Grenzgebiets über einen längeren Zeitraum zu erlangen. Parallel dazu entwickelte sich Widerstand in den Gefängnissen der Türkei. Am 12. September begannen 63 Gefangene der PKK und der Partei der Freien Frauen Kurdistans (PAJK) einen unbefristeten Hungerstreik, mit dem sie die Freilassung von Abdullah Öcalan forderten. Erst durch einen Aufruf Abdullah Öcalans an die Gefangenen, wurde der Hungerstreik, den seitdem ca. 10.000 politische Gefangene mittrugen, an seinem 67. Tag beendet.

Sowohl die militärischen Erfolge der Guerilla, als auch der Hungerstreik, der Auslöser für massive Proteste verschiedenster Bevölkerungsgruppen in der Türkei war, erhöhten den Druck auf die Regierung die seit dem 27. Juni dauernde Isolation von Abdullah Öcalan aufzuheben, und Schritten für eine politische und friedliche Lösung der kurdischen Frage zuzustimmen.

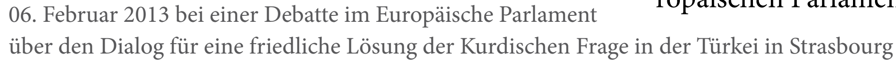
Wiederaufnahme der Gespräche mit Öcalan

Am 28. Dezember bestätigte Ministerpräsident Erdogan die Wiederaufnahme der Gespräche mit dem PKK-Vorsitzenden Öcalan. Dem Besuch der ersten BDP-Delegation Anfang 2013 gingen mehrere Gespräche mit dem MIT-Direktor Hakan Fidan voraus.

In der Vergangenheit und auch heute gibt es viele Prozesse gegen Journalisten, Professoren, Intellektuelle, die sich für die Rechte der Kurden einsetzen, die von ihrem Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch machen und deshalb als Terroristensympathisanten abgestempelt und kriminalisiert werden. Hunderte von Menschenrechtsaktivisten, denen die Unterstützung der KCK vorgeworfen wird, sitzen ohne konkrete Anklagepunkte in Haft oder werden bedroht. Auch kurdische Abgeordnete der BDP-Partei auf Landes- und Kommunalebene sitzen in Haft oder warten auf ihren Prozess.
Das sind alles keine guten Voraussetzungen, um zu einer politischen Lösung zu kommen.



Barbara Lochbihler, im Namen der Verts/ ALE-Fraktion im Europäischen Parlament



06. Februar 2013 bei einer Debatte im Europäische Parlament über den Dialog für eine friedliche Lösung der Kurdischen Frage in der Türkei in Strasbourg

Durch die Ermordung drei kurdischer Politikerinnen am 9. Januar 2013 stagnierte dieser erneut begonnene Prozess vorerst. Ein weiterer Grund dafür sind die anhaltenden Militäroperationen, durch die seit Jahresbeginn mehr als 40 Angehörige der Guerilla ihr Leben verloren.

Am 23. Februar reiste eine zweite BDP-Delegation nach Imrali. Bei der Rückkehr aus Imrali erklärte Pervin Buldan im Namen Abdullah Öcalans, dass es sich um einen historischen Moment handele. Des Weiteren ließ Öcalan über sie bekannt geben, dass beide Seiten über Gefangene verfügen würden. Damit stellte er indirekt die Freilassung der Gefangenen der PKK zur Disposition.

Erste Schritte zum Dialog

Wenige Tage nach diesem Treffen „schickte“ Abdullah Öcalan 3 Briefe an die Führungen der PKK in Kandil und Europa, sowie an die BDP. Nach der Zusammenkunft von führenden PKK VertreterInnen und einer Delegation der BDP, teilte die BDP Co-Vorsitzende Gültan Kisanak mit, dass die Freilassung der Gefangenen der PKK in den nächsten 2 Wochen erfolgen werde. Das ist ein erster Schritt in Richtung Dialog und zeigt die ernsthafte Bereitschaft der PKK zur friedlichen Lösung. Damit soll der Grundstein für den Aufbau einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens gelegt werden. Sämtliche Akteure der kurdischen Freiheitsbewegung haben in den letzten Wochen betont, dass sie Frieden wollen und sie in diesem Prozess voll und ganz hinter dem politischen Repräsentanten Abdullah Öcalan stehen. Sowohl die kurdische Seite als auch Teile der türkischen Presse betonen jedoch, dass eine Lösung auf beidseitigem Handeln beruhen muss.

Um den Weg für mögliche Verhandlungen zu öffnen, müsste die türkische Regierung die Militäroperationen und die Repression gegen die politischen AktivistInnen und gewählten VertreterInnen der KurdInnen einstellen. So könnte ein eventueller Waffenstillstand, über den in der Presse berichtet und debattiert wird, zum kurdischen Newrozfest am 21. März ausgerufen werden. Sollte die Türkei in ihrem Bestreben die kurdische Frage auf einem friedlichen Weg zu lösen ernsthaft sein, wäre eine grundlegende Demokratisierung der Türkei möglich. Dadurch könnten auch die Probleme der weiteren Minderheiten gelöst werden. Die letzten 30 Jahre haben verdeutlicht, dass der Konflikt nicht mit juristischer Repression und militärischen Mitteln gelöst werden kann – ein Dialog und Verhandlung sind dafür notwendig.

Ministerpräsident Erdogan hat recht, wenn er sagt, dass nicht er oder die AKP Regierung Gespräche mit Öcalan führen, sondern



der türkische Staat. Denn die kurdische Seite hat kein direktes Problem mit Erdogan oder der AKP, doch da sie sich derzeit an der Regierung befindet, stellt sie die Repräsentantin dieses System dar. Es handelt sich vielmehr um ein historisch verwurzeltes strukturelles Problem der türkischen Republik. Die Türkei muss ihre nationalistische und rassistische Staatsdoktrin überwinden und den Reichtum des „Vielvölkerstaates", der sie ist, anerkennen. Der bekannte Kolumnist Cengiz Candar erklärte diesbezüglich, dass es sich vielmehr um eine türkische, als um eine kurdische, Frage handele. Damit ist gemeint, dass der Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus, der sich durch die Staatspolitik in der türkischen Gesellschaft konstituiert hat, eine Barriere für die Demokratisierung der Türkei ist.

Die Regierung sollte zudem eingestehen, dass die KurdInnen lediglich die Rückgabe bzw. die Einhaltung der ihnen zustehenden Grundrechte und keine Sonderprivilegien einfordern. Kontraproduktiv ist dagegen, wenn Erdogan weiterhin versucht die kurdische Frage als Terrorproblem darzustellen. Sämtliche Akteure müssen in einem Dialogprozess mit Respekt als politische Gesprächspartner anerkannt werden. Eine solche Herangehensweise war auch in Südafrika, Nordirland und mehreren Südamerikanischen Ländern für die dortigen Friedensprozesse grundlegend.



Dr. Sabine Freizer, Leiterin des Europapgramms der International Crisis Group (ICG)

„Wir werden in den kommenden Wochen und Monaten herausfinden, ob die Regierung ein ernsthaftes Interesse an der Lösung der kurdischen Frage hat oder nicht. Die Regierung hatte versprochen, mit dem 4. Justizreformpaket die Anti-Terrorgesetze, die bereits gewisse Meinungsäußerungen als Straftatbestand werten, ändern zu wollen. Auch hat der Regierung angekündigt den Entwurf einer neuen Verfassung, die entweder im Rahmen der Verfassungskommission oder durch die Zusammenarbeit zwischen der AKP und der BDP erstellt werden soll, der Öffentlichkeit zu präsentieren. Der Umstand, wie diese neue Verfassung mit der Frage der nationalen Identität und der Frage des Dezentralismus umgehen wird, wird zugleich auch zum Gradmesser für die Bereitschaft die kurdische Frage zu lösen.

02.März 2013 im Interview mit der Tageszeitung „Yeni Özgür Politika"

Gründe für die Wiederaufnahme der Gespräche

Es ist wichtig zu erwähnen, dass die türkische Regierung den Dialog mit Abdullah Öcalan nicht aus uneigennützigen, pazifistischen Gründen wieder aufgenommen hat. Die unerwarteten Veränderungen in der Region haben dabei eine entscheidende Rolle gespielt. Allen voran hat wahrscheinlich niemand erwartet, dass sich der Volksaufstand in Syrien, der im Frühjahr 2011 begann, nach zwei Jahren in einen Bürgerkrieg mit derartigen Folgen verwandeln könnte. Die KurdInnen konnten nahezu sämtliche Städte im syrischen Norden (Westkurdistan) befreien, und verfügen dort über soziale, politische und militärische Kontrolle. Diese Region ist im Vergleich zum Rest des Landes weitgehend friedlich und stabil.

Wir sehen gleich zeitig aber eine massive Repressionskampagne gegen die KCK, also gegen Leute, die im Südosten der Türkei hauptsächlich kommunalpolitisch aktiv sind. Ich glaube, dass deswegen die öffentliche Debatte mit dieser Debatte heute hier im Europäischen Parlament vielleicht beginnen kann, dass sie Fahrt aufnehmen kann, dass das Kurdenproblem nicht mehr im Windschatten unserer Aufmerksamkeit liegt, sondern dass wir es öffentlich debattieren. (…) Die KCK-Verhaftungswelle muss gestoppt werden, die Repression muss enden, und die türkische Regierung muss sich der regionalen Dimension des Problems klar werden.



Alexander Graf Lambsdorff, im Namen der ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament

06. Februar 2013 bei einer Debatte im Europäische Parlament über den Dialog für eine friedliche Lösung der Kurdischen Frage in der Türkei in Strasbourg

„Wenn nicht Öcalan und Erdogan, wer dann"

Abdullah Öcalan äußerte in einem Interview mit einem türkischen Journalisten Ende der 1990er Jahre auf die Frage, warum die kurdische Frage nicht gelöst werden kann, dass er die Frage lösen wolle, es der Türkei aber an einer politischen Führung fehlen würde, die dazu in der Lage sei. Dass das Problem nicht militärisch gelöst werden kann, haben die letzten 15 Jahre gezeigt. Es steht fest, dass die kurdische Freiheitsbewegung ihren Widerstandskampf solange aufrechterhalten wird, bis die Türkei der kurdischen Bevölkerung ihre kulturellen und politischen Grundrechte zugesteht. Die türkische Journalistin Ezgi Basaran titelte nach dem Besuch der zweiten Delegation auf Imrali in eine ihrer Kolumnen „Wenn nicht Öcalan und Erdogan, wer dann". Die Hauptprotagonisten dieses Prozesses sind bekannt. In den nächsten Wochen und Monaten wird die Weltöffentlichkeit auf das Wirken dieser Persönlichkeiten und sämtlicher Akteure in Bezug auf den Friedensdialog schauen.



Die Rolle Öcalans in Friedensverhandlungen

Wenn über eine friedliche Verhandlungslösung für die kurdischen Frage in der Türkei diskutiert wird, fällt zumeist ein Name: Abdullah Öcalan. Warum ist das so, welche Rolle hat er in den bisherigen Verhandlungen gespielt und welche Rolle wird er in Zukunft spielen? Um diese Fragen zu klären, müssten wir zunächst einige Jahre zurück gehen.

Die Vorgeschichte

Bereits nach wenigen Jahren des bewaffneten Kampfs reifte in der PKK die Erkenntnis heran, dass ein militärischer Sieg gegen die türkische Armee (wie es in Vietnam gegen die US-Armee noch gelungen war) nicht möglich sein würde. Daher wurde bereits Anfang der 1990er Jahre formuliert, dass es letztlich eine Verhandlungslösung geben müsse. Konsequent richtete Öcalan damals Gesprächsangebote an den türkischen Staat, auf die als erster der damalige Staatspräsidenten Turgut Özal reagierte. Dschalal Talabani vermittelte einen einseitigen Waffenstillstand der PKK, und Özal signalisierte im Gegenzug, dass er über radikal neue Ansätze in der Kurdenpolitik nachdenke. Sein plötzlicher, höchstwahrscheinlich unnatürlicher Tod und ein provokativer Angriff einer von Şemdin Sakık kommandierten Guerillaeinheit, bei der 33 unbewaffnete Rekruten der türkischen Armee getötet wurden, markierten das schnelle Ende dieser viel versprechenden Phase und den Beginn des »totalen Kriegs« (Tansu Çiller) mit staatlichen Todesschwadronen, Dorfzerstörungen bis hin zur Bombardierung von Städten und endemischer Folter.



Am 17. April 1993 verstarb der damalige türkische Ministerpräsident Turgut Özal. Seine Todesumstände wurden nie abschließend geklärt.

Die 1990er Jahre hindurch erneuerte Öcalan immer wieder seine Verhandlungsangebote, die jedoch auf taube Ohren fielen. Seine andauernde Suche nach einem Ansprechpartner gab damals sogar einem Buch seinen Titel: »Bir muhatap arıyorum«. In dieser Zeit gab es verschiedene Kontakte und einen weitere einseitigen Waffenstillstand der PKK, die jedoch alle nicht in einen Verhandlungsprozess mündeten.

1997 begann eine weitere Phase indirekter Kontakte, diesmal vom Militär ausgehend. Die indirekten Gespräche führten zum Waffenstillstand vom 1. September 1998, der von Öcalan trotz seiner Entführung am 15. Februar 1999 aufrecht erhalten wurde. Im Gefängnis intensivierte er sogar seine Friedensbemühungen und versuchte, jede sich bietende Möglichkeit zu nutzen, die kurdische und die türkische Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer politischen Lösung zu überzeugen. Dieses Motiv zieht sich konsequent durch die mehr als ein Dutzend Bücher, die er seither in der Isolationshaft verfasst hat. So wurde die Verlagerung des Schwerpunktes der kurdischen Bewegung vom Guerillakampf auf die politische Auseinandersetzung und den Aufbau basisdemokratischer Rätestrukturen von Öcalan entworfen, ideologisch begründet und stieß zunächst auf den teilweise erbitterten Widerstand rechter Kreise innerhalb der Bewegung.

Doch mehr noch als Öcalans Reden und Schriften, die bisher leider nur ein begrenztes Publikum außerhalb der kurdischen Bewegung erreichten, demonstrierten seine politischen Handlungen seinen unbedingten Friedenswillen. Die »Friedensgruppen«, die auf seinen Aufruf hin 1999 aus den Bergen und aus Europa in die Türkei zurückkehrten, und der Appell an die Guerillakräfte, sich vom Territorium der Türkei zurückzuziehen, waren deutliche Manifestationen seiner Fähigkeit, für den Frieden auch ungewöhnliche Vorstöße zu wagen. Ebenso wie die einseitigen Waffenstillstände 1993, 1995 und 1998 waren diese Schritte innerhalb der kurdischen Bewegung durchaus nicht unumstritten, und ihre Bedeutung wurde teilweise erst im Nachhinein gewürdigt.

Die konsequenten Friedensbemühungen Öcalans und die ungebrochene Unterstützung innerhalb der kurdischen Gesellschaft – 2006-2007 unterzeichneten 3,5 Millionen Kurdinnen und Kurden eine Deklaration, dass sie Öcalan als politischen Repräsentanten betrachten – machen Öcalan zum logischen Partner für jegliche ernsthaften Friedenbemühungen auf türkischer Seite. Es gibt schlicht niemanden, der besser geeignet wäre, die Rolle eines »kurdischen Mandela« zu spielen als Abdullah Öcalan. Auch Mandela bezog seine Glaubwürdigkeit nicht zuletzt aus der Tatsache, dass er den bewaffneten Flügel des ANC aufgebaut hatte, und aus dem Ansehen, dass er innerhalb des ANC genoss. »Wenn wir mit Leuten aus der zweiten Reihe ein Abkommen geschlossen hätten, wäre ihnen schlicht niemand gefolgt« erklärte sinngemäß

der letzte weiße Präsident Südafrikas, de Clerk in einer viel beachteten Rede über den Friedensprozess, die er in der Türkei hielt.

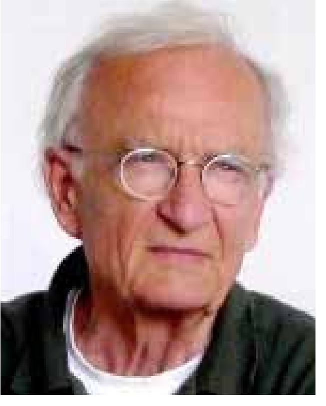
Der »Oslo-Imrali-Prozess« 2009-2011

2009 begann der bis dahin ernsthafteste Verhandlungsprozess. Daran beteiligt waren MİT-Direktor Taner, seine Stellvertreterin Güneş und sein jetziger Nachfolger Hakan Fidan, damals noch Sondergesandter von Ministerpräsident Erdoğan. Sie führten Gespräche auf der Insel Imralı mit Abdullah Öcalan und an unbekanntem Ort, davon möglicherweise ein- oder mehrmals in Oslo, mit hochrangigen PKK-Funktionären. Öcalan legte seine Vorstellungen ausführlich schriftlich in seiner Roadmap dar, die auch bei der PKK auf Zustimmung stieß. Fortan als Arbeitsgrundlage. Einige zentrale Vorschläge wie eine Verfassungskommission, eine Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission und eine Kommission zur Festlegung der Bedingungen einer Entwaffnung wurden in Protokollen festgehalten, auf die sich die drei beteiligten Seiten einigten.

Anstatt diese Vorschläge konkret umzusetzen, entschied sich Erdoğan nach der gewonnenen Parlamentswahl im Juni 2011 jedoch dafür, die Verhandlungen abzubrechen und auf eine militärische und politische Eskalation zu setzen. Das mühsam aufgebaute Vertrauen der kurdischen Seite in die Möglichkeit einer Verhandlungslösung – ohnehin massiv beschädigt durch die sogenannten »KCK-Operationen« – erhielt auf diese Weise einen weiteren empfindlichen Dämpfer.

Ohne Vertrauen kein Frieden

Ein gewisses Maß an gegenseitigem Vertrauen ist jedoch eine wichtige Bedingung für das Entstehen und mehr noch für das Gelingen einen Friedensprozesses. Die Unmenge an Lügenpropaganda, die sich seit Jahrzehnten über die Bevölkerung der Türkei ergießt, hat insbesondere auf türkischer Seite enorme Vorurteile mit sich gebracht, die abzubauen entsprechend schwer fällt. Dass dies trotzdem gelingen kann, haben die Jahre 2009-2011 bewiesen, als es die Medien für eine Weile unterließen, Öcalan mit den üblichen negativen Attributen zu belegen und sich statt dessen recht sachlich über seine Vorschläge und Argumente berichteten. Unter anderem dies führte dazu, dass in der Türkei zunehmend die Einsicht heranreifte, dass Öcalan Partner für einen Frieden sein kann und muss. Aus der gleichen Logik leitete sich die relative breite Unterstützung in der Türkei für die Forderung nach Hausarrest oder andern Verbesserungen seiner Haftsituation her, da dies seinen Spielraum für konstruktive Beiträge vergrößern würde.



Norman Paech, Völkerrechtler

„Solange den Völkern in der Türkei und vor allem den Kurden nicht ihre vollen Rechte eingeräumt werden, herrscht ein latenter Bürgerkrieg im Lande, der jeder Zeit in Aufstände und Gewalt ausbrechen kann. Eine Regierung, die dieses Problem nicht löst, bleibt in ihrem politischen Handeln gelähmt und muss immer wieder zu Mitteln der Repression und Gewalt greifen. Wenn jetzt eine erste Delegation DTK und BDP nach Imrali reisen kann, ist das ein überfälliger Schritt politischer Vernunft. Doch Öcalan bleibt ein Gefangener und beansprucht nicht das Recht, für alles und alle zu sprechen. Erst wenn er das Gefängnis verlassen und sein Volk in Istanbul, Diyarbakir oder Hakkari treffen kann, wird die Regierung den verantwortlichen und verlässlichen Verhandlungspartner haben, den sie fordert. Denn ohne Öcalan geht gar nichts.

01.März 2012 in der Tageszeitung „Özgür Gündem"

Der »Imrali-Prozess«

Der Abbruch der Gespräche durch Erdoğan und die folgende Totalisolation Öcalans richteten viel Schaden an, konnten aber beide nicht von Dauer sein. Es brauchte einen massiven 68-tägigen Hungerstreik, an dem sich zuletzt viele Tausend kurdische politische Gefangene beteiligten, und die dadurch entstandene gesellschaftliche Dynamik, um die Gespräche ab November 2012 wieder in Gang zu bringen. Die Isolationsbedingungen sind aktuell paradox, da Öcalan in diesem Jahr bereits zweimal Besuch von Abgeordneten erhielt, seit Juli 2011 aber keinerlei Kontakt zu seinen Anwälten aufnehmen kann. Dabei ist man, zumindest was die Position Öcalans angeht, offenbar einen Schritt weiter. Erdoğan erklärte öffentlich, bei den neuen Gesprächen sei Öcalan die zentrale Figur, Gespräche auf anderen Kanälen seien Nebensache. Folgerichtig überschreibt die AKP-Regierung diese Gesprächsrunde mit »Imrali-Prozess«.

Nichts könnte deutlicher belegen, dass das Scheitern des sogenannten »Oslo-Imrali-Prozesses« die Rolle Öcalans als wichtigsten Verhandlungspartner auf kurdischer Seite keinesfalls kompromittiert hat. Seine Position erscheint im Gegenteil sichtbar gestärkt. Noch immer hat niemand eine Alternative zu seiner Roadmap vorgelegt. Alle der Presse zugespielten Informationen lassen ebenfalls darauf schließen, dass sie im Mittelpunkt der Gespräche steht, die von Erdoğan bereits großspurig als »Friedensprozess« bezeichnet werden.

Bis zu einem wirklichen Friedensprozess ist noch ein weiter Weg, doch dieser Weg führt mit Sicherheit über die Gefängnisinsel im Marmarameer.



Die kurdische Seite ist zu einem gerechten und würdevollen Frieden bereit.

Civaka Azad im Interview mit dem KCK-Exekutivratsmitglied Zübeyir Aydar

Nachdem nun zwei BDP-Delegationen auf der Gefängnisinsel Imrali gewesen sind, wird in der Gesellschaft und in der Presse der Türkei breit über neue Verhandlungen gesprochen. Wie bewerten Sie diesen Prozess?

Zunächst gilt zu korrigieren, dass es sich um einen Verhandlungsprozess handelt. Vom Stadium der Verhandlungen sind beide Parteien noch weit entfernt. Des Weiteren handelt es sich nicht um einen neu begonnenen Prozess. Vielmehr wurde der Dialogprozess, der nach den Wahlen vom 12.Juni 2011 einseitig von der türkischen Regierung abgebrochen wurde, wieder aufgenommen.

Heißt das, dass die zuvor getroffenen Vereinbarungen ihre Gültigkeit behalten, oder müssten diese von neuem aufgegriffen werden?

Die kurdische Seite ist gewillt, den Prozess von dem Punkt aus weiterzuführen, an dem er unterbrochen wurde. Daher ist sie weiterhin an die erstellten Dokumenten und an die getroffenen Vereinbarungen gebunden. Sowohl die Roadmap als auch die Protokolle, die unser Vorsitzender Abdullah Öcalan vorlegt hatte, behalten ihre Gültigkeit.



Zübeyir Aydar, KCK Exekutivratsmitglied

Es hat sehr lange gedauert bis die zweite Delegation der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) nach Imrali fahren konnte, um Abdullah Öcalan zu treffen. Woran hat es gelegen?

Nachdem der türkische Ministerpräsident Erdogan am 28. Dezember die Wiederaufnahme der Gespräche mit dem PKK-Vorsitzenden Öcalan bestätigte und die BDP-Abgeordneten Ahmet Türk und Ayla Akat Ata am 3. Januar Öcalan auf Imrali besuchten, wurden am 9. Januar drei kurdische Politikerinnen und Frauenaktivistinnen im Kurdistan-Informationszentrum in Paris ermordet. Unter ihnen befand sich Sakine Cansiz, die zu den Mitbegründern der PKK gehört. Auch die Militäroperationen wurden verstärkt und über 40 PKK-KämpferInnen verloren ihr Leben. Dadurch nahmen sowohl in der kurdischen Gesellschaft als auch auf Seiten der PKK die Zweifel an der Aufrichtigkeit und Ernsthaftigkeit der AKP in dieser Phase zu. Verstärkt wurde diese Skepsis durch die aggressive Rhetorik des Ministerpräsidenten Erdogan.

Wer steckt Ihrer Meinung nach hinter den Mordanschlägen von Paris?

Sämtliche Indizien deuten auf eine Tat des türkischen „Gladio“ hin. Kurz nach der Tat wurde Ömer Güney als Tatverdächtiger von der französischen Polizei festgenommen. Murat Sahin, ein ehemaliger MIT Agent behauptet, dass es sich bei Güney ebenfalls um einen MIT Agenten handeln würde. Weiter stellte sich heraus, dass Güney im vergangenen Jahr acht Mal nach Ankara gereist war. Während dieses Prozesses muss immer wieder mit Provokationen von Kreisen gerechnet werden, die ihre Interessen durch die Lösung der kurdischen Frage gefährdet sehen.

Wie könnten die nächsten Schritte in diesem Prozess aussehen?

Zunächst bedarf es einer Atmosphäre der beidseitigen militärische Aktionslosigkeit Des Weiteren soll die türkische Seite besonders in ihrer Berichterstattung auf ihre Wortwahl und Ausdrucksweise achten. Durch nationalistische, rassistische oder demagogische

Unterschriftenkampagne Freiheit für Abdullah Öcalan

Seit dem 06. September wurde eine weltweite Unterschriftenkampagne für die Freilassung von Abdullah Öcalan aufgenommen. Die Kampagne wird von nahmhaften ErstunterzeichnerInnen wie Gerry Adams, Desmond Tutu, Noam Chomsky, Immanuel Wallerstein, Heiner Geißler, Antonio Negri, Malalai Joya, Norman Paech und vielen anderen unterstützt. Mittlerweile unterstütze weltweit knapp eine Millionen Menschen die Forderung nach der Freilassung von Abdullah Öcalan.
Weitere Informationen zur Unterschriftenkampagne sind auf der Homepage www.freeocalan.org zu finden. Dort könnt ihr auch mit eurer Unterschrift die Forderung nach der Freilassung von Abdullah Öcalan und aller politischer Gefangenen in der Türkei unterstützen.

Haltung gegenüber der PKK kann keine Basis zur Lösung geschaffen werden. Auch die kurdische Seite hat in dieser Phase auf ihre Worte zu achten. Beide Seiten sollten in dieser Phase besondere Sensibilität zeigen. Am 13. Februar hat unser Vorsitzender Abdullah Öcalan die Prinzipien seines Lösungsprojektes der Regierung überreicht. Später hat er drei Briefe an die Parteiführungen in Qandil und Europa, sowie an die BDP verfasst und übermittelt. Diese werten derzeit bewertet. Ob dieser Prozess voranschreiten wird oder nicht, hängt von der Antwort der türkische Regierung auf dieses Projekt ab. Eine positive Antwort wird zweifelslos zum positiven Voranschreiten dieses Prozesses führen.

Bei Abdullah Öcalan handelt es sich um eine Person, die seit 14 Jahren im Gefängnis sitzt. Nun könnte sich die deutsche Öffentlichkeit fragen, warum denn gerade mit einem Gefangenen verhandelt werden soll.

Eine ähnliche Erklärung hat der SPD Parteivorsitzende Herr Sigmar Gabriel während seiner Türkeireise Ende Februar auch getätigt. Er äußerte, dass er nicht verstehen könne warum mit einer inhaftierten Personen, anstatt mit offiziellen politischen Akteuren gesprochen werde.. Das ist meiner Meinung nach ein Ausdruck der klassischen Politik Deutschlands, den Willen des kurdischen Volkes nicht akzeptieren zu wollen. Oder es ist zugleich ein Ausdruck von Wissenslosigkeit über den Charakter der kurdischen Frage und der kurdischen Befreiungsbewegung. Jede Lösung eines dermaßen umfassenden politischen und gesellschaftlichen Problems bedarf starker Führungspersönlichkeiten. Warum soll das was in Südafrika möglich war bei der Lösung der kurdischen Frage nicht auch möglich sein. Mandela befand sich ebenfalls auf einer Gefängnisinsel inhaftiert. Damals wurde mit Mandela, der später für seinen Lösungsbeitrag den Friedensnobelpreis erhalten hatte, verhandelt, weil das südafrikanische Volk in ihm ihren politischen Repräsentanten sah. Auch das kurdische Volk verfügt über das demokratische Recht ihren politischen Vertreter in der Lösungsphase selbst und eigenständig zu bestimmen.. Bei unserem Vorsitzenden Abdullah Öcalan handelt es sich ebenfalls um eine etablierte und akzeptierte Führungsperson unter dem kurdischen Volk. Er ist der Gründer der kurdischen Bewegung und ihre Führungspersönlichkeit. Er vertritt die Bewegung auf allen Ebenen. Die PKK selbst sagt „ihr braucht nicht mit uns zu verhandeln, wir werden durch Abdullah Öcalan repräsentiert". Öcalan gilt als wichtigste politische Persönlichkeit der kurdischen Gesellschaft. Sämtliche Kreise der kurdischen Seite, die legalen sowie die illegalen, sowohl ihre politische Vertretung als auch die kurdische Zivilgesellschaft, haben bekundet, in diesem Prozess hinter Öcalan zu stehen. Die PKK hat bekundet diesen Prozess durch eine einzige Delegation unter der Führung von ihrem Vorsitzenden Abdullah Öcalan führen zu wollen. Auch die Türkei hat begriffen, dass mit keinem außer mit Öcalan der Konflikt gelöst werden

Die türkische Regierung hat, bevor sie in Verhandlungen mit Öcalan und der PKK übergeht, zunächst die Grundreche des kurdischen Volkes anzuerkennen. Die Punkte wie die Entwaffnung der PKK und das Ende der militärischen Präsenz des türkischen Staates in den kurdischen Regionen ist erst im letzten Stadium der Verhandlungen zur diskutieren.



Didem Aykel Collinsworth, International Crisis Group (ICG)

Konferenz in Bern zur Rolle von neutralen Staaten in den Verhandlungen und der friedlichen Lösung der kurdischen Frage am 23.02.2013



Prof. Dr. Mithat Sancar
Professor für Öffentliches Recht an der Universität Ankara

Die kurdische Frage ist weitaus komplexer als beispielsweise die irische oder die baskische Frage. Es ist nämlich die Frage einer ganzen Region. Eine Lösung der kurdischen Frage bedeutet eine Korrektur der geografischen und politischen Ordnung, die nach dem 1. Weltkrieg errichtet wurde. Und die kurdische Frage stellt für die Neustrukturierung dieser Ordnung im Mittleren Osten eine Schlüsselrolle dar. Wenn es zu keinen besonderen Zwischenfällen kommt und dieser Prozess tiefgreifend fortgeführt wird, kann es dazu kommen, dass diese gezogenen staatlichen Grenzen ihre Bedeutung verlieren. (…) Wenn es Öcalan gelingt, in diesem Prozess mögliche Gefahren frühzeitig zu erkennen und diese erfolgreich aus dem Weg zu räumen, wird er nicht nur zum Co-Produzenten eines erfolgreichen Übergangsprozesses, er wird zugleich auch zu einer Person, an dessen Namen man sich in einem Atemzug mit Mandela erinnern wird.

23. Februar 2013 in der Tageszeitung „Milliyet"



kann. Mittlerweile wird Öcalan auch in der türkischen Gesellschaft als Vertreter des kurdischen Volkes akzeptiert. Jedoch müssen auch Bedingungen geschaffen werden, unter denen Öcalan seiner Rolle gerecht werden kann.

Wie sollten diese Rahmenbedingungen auszusehen?

Seine aktuellen Bedingungen sind nicht dazu geeignet, einen Friedensprozess zu leiten. Um dies zu ermöglichen, müssen unverzüglich entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Vor allem muss ihm uneingeschränkt der Zugang zu den notwendigen Informationen und Dokumente zur Verfügung gewährleistet werden. Es muss auch die Möglichkeit geschaffen werden, so etwas wie ein Sekretariat, (mit einem Stab, der ihm behilflich sein kann), zu errichen. Es müssen Kommunikationsmöglichkeiten mit den gewünschten Persönlichkeiten (die Führungskader der Partei inbegriffen) und Institutionen geschaffen werden und es muss möglich sein, die Gesprächsdelegationen nach Wunsch zu besetzen. Nach Bedarf muss er sich absprechen und abstimmen können. Daher ist Frage nach seiner Gesundheit, Sicherheit und Freiheit präsenter als zuvor.

Welchen Einfluss kann in diesem Zusammenhang die Situation in Syrien und in seinem kurdischen Norden, den die KurdInnen als Rojava (Westkurdistan) bezeichnen, haben?

Selbstverständlich spielen die Veränderungen in der Region eine bedeutende Rolle. Damit kann natürlich dieser neue Prozess mitbegründet werden. Das kurdische Volk hat in Westkurdistan hat nahezu alle Städte befreien können und sorgt derzeit für deren politische und soziale Verwaltung. Nur noch in Qamislo und Haseke befinden sich Truppen des Regimes und Staatsbedienstete. Hierbei muss betont werden, dass die Befreiung der Städte nahezu gewaltlos verlief. Dies ist ein Ausdruck des Organisierungsgrades der dortigen Bevölkerung. Die kurdische Freiheitsbewegung hat tiefe Wurzeln in Syrien. Abdullah Öcalan befand sich seit Ende der 70er Jahre in Syrien und dem Libanon. Er ist auch heute noch eine ideologische Führungspersönlichkeit. Das Gesellschaftsmodell der Demokratischen Autonomie, dessen Strukturen derzeit von der Bevölkerung aufgebaut werden, wurde von ihm formuliert. Während Syrien von einem blutigen Bürgerkrieg heimgesucht wird und auch der Rest der Region von ethnischen und konfessionellen Auseinandersetzungen und Kriegen geprägt ist, kann man in Westkurdistan ein gemeinsames, friedliches und harmonisches Zusammenleben der Völker beobachten. Unabhängig von Ethnie oder Konfession, egal ob AraberInnen, AramäerInnen, ArmenierInnen, KurdInnen, DrusInnen oder YezidInnen: Sie alle organisieren sich in den Strukturen der Demokratischen Autonomie.

Büchertip: Die Roadmap für Verhandlungen von Abdullah Öcalan

Die Roadmap ist ein außergewöhnliches Dokument. Sie bildete das Herzstück des geheimen Dialogprozesses zwischen Abdullah Öcalan und dem türkischen Staat, der 2009 begann und Mitte 2011 abgebrochen wurde. Auch für alle weiteren Gespräche ist sie von zentraler Bedeutung.

Öcalan definiert hier die für den Beginn eines wirklichen Friedensprozesses nötigen Schritte. Gleichzeitig skizziert er eine echte Lösung für die kurdische Frage. Jenseits traditioneller Lösungsmodelle wie Eigenstaatlichkeit oder territorialer Autonomie zeichnet er die Vision einer demokratischen Nation und einer gemeinsamen Heimat für alle Staaten, in denen Kurden leben – ja, für den gesamten Mittleren Osten. Indem er konventionelle Argumente entkräftet, schafft er Denkanstöße für sämtliche Parteien des Konflikts.

»Die Roadmap schlägt ›eine Lösung für die kurdische Frage‹ in der Türkei vor. Doch schneidet das Buch Themen an, die viel grundsätzlicherer Natur sind und viel weiter reichen als die spezifischen geohistorischen Fragen, die es behandelt.« Immanuel Wallerstein

„Die Roadmap ist großartig, wohlüberlegt, klar und überzeugend.“ Hasan Hanafi

„Öcalan ist der Gramsci unserer Zeit.“ Tamir Bar-On

Originaltitel: Türkiye'de Demokratikleşme Sorunları, Kürdistan'da Çözüm Modellerı (Yol Haritası)
INTERNATIONAL INITIATIVE EDITION, Köln / PAHL-RUGENSTEIN VERLAG, Bonn
ISBN 9783891444603 Hardcover
ISBN 9783891444610 Paperback
Preis: 9,90 € Paperback. 14,90 € Hardcover



Um auf die Frage zurückzukommen: welche Auswirkungen kann die politische Entwicklung in der Region auf die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei haben?

Natürlich befürchtet die Türkei, dass der Aufbau von Strukturen wie im kurdischen Norden von Syrien auch auf die kurdischen Gebiete in der Türkei übergreifen könnte. Damit dies nicht geschieht werden die islamistischen und salafistischen Gruppierungen in Syrien so stark von der Türkei unterstützt. Die sogenannte „tiefe Strategie" des amtierenden türkischen Außenministers Ahmet Davutoglu, die eine Politik der „null Probleme" mit allen Nachbarn vorsieht, gilt als gescheitert. Nicht nur zu Damaskus hat Ankara ein angespanntes Verhältnis, sondern genauso zu Bagdad und Teheran. Die Anti-KurdInnenpolitik der Türkei reduziert ihren Bewegungsraum sowohl regional als auch international politisch erfolgreich zu agieren können. Jede positive Entwicklung im Sinne der KurdInnen wird als Gefahr gewertet, welches mit allen Mitteln zu bekämpfen undunterdrücken gilt. Das führt dazu, dass wie im Falle von Syrien zu al Qaida gehörende bandenartige Gruppen unterstützt und konstituiert werden. Diese Kräfte bergen das Potential später aus der Kontrolle zu geraten und sich auch später gegen die Türkei zu richten, wie es in der Vergangenheit auch die Kräfte der Kontraguerilla in der Türkei es getan hatten. Die Entwicklungen hinsichtlich der KurdInnen im Irak und jetzt in Syrien werden sich auf die Lösungsphase in der Türkei positiv auswirken, insofern die Türkei von ihrer Verleugnungspolitik gegenüber den KurdInnen seinlässt. Durch Verleugnung des kurdischen Volkes wird keine Kraft in der Region sich positiv einbringen und gestärkt herausgehen können. Dieses Dilemma aus Sicht der Türkei hat meiner Meinung nach ebenfalls zur Wiederaufnahme des Dialogprozesses beigetragen.

Wir sind für die Lösung durch Dialog. Natürlich sollen die Waffen schweigen. Bei der Verteidigung der friedlichen Lösung der kurdischen Frage handelt es sich bei uns um eine prinzipielle Haltung. Unsere Erfahrung lehrt uns, dass ein bleibender Frieden nur durch die nötige Rahmenbildung erfolgen kann. Wir wissen, dass die bloßen Worte Frieden, Frieden, den Frieden nicht bringen werden. Daher werten wir vertrauensschaffende Schritte beider Seiten von Vorteil. Sowohl die erste als auch die zweite Delegation ist mit der Intention Positives beizutragen nach Imrali gereist. Die Äußerungen, die Rhetorik und die gemachten Schritte der Regierung in den kommenden Tagen werden entscheiden, ob der Prozess an reisfeste Seile gebunden werden kann. Wir machen alles in unserer Macht stehende. Wir werden beobachten, ob die Regierung die notwendigen Schritte tätigen wird. Die Briefe aus Imrali haben uns erreicht. Wir werden dafür sorgen, dass die Briefe ihre Adressaten erreichen werden. Wir werden unsere Vorschläge sammeln, und die Arbeiten für eine dritte Delegationen, mit der wir unsere Vorschläge übermitteln werden, beginnen.



Selahattin Demirtaş,
Co-Vorsitzender der Partei für Frieden und Demokratie (BDP)

26. Februar 2013 gegenüber der Nachrichtenagentur Firat (ANF)

Wenn man sich derzeit die türkische Presse betrachtet, könnte man den Eindruck gewinnen, als stünde der Frieden kurz vor der Tür. Wie ist die Situation zu bewerten?

Natürlich ist die Wiederaufnahme des Dialogs mit Öcalan zu begrüßen. Jedoch sollte sich jeder bewusst machen, dass dieser Prozess Ernsthaftigkeit erfordert. Derzeit sind außer einigen positiven Äußerungen keine konkreten Maßnahmen von der AKP-Regierung ergriffen worden. Die türkische Regierung muss sofortige Schritte in die Wege leiten, welche die Aufrichtigkeit ihrer Haltung zu dem Prozess belegen. Die türkische Regierung muss einen konkreten Lösungsplan an die Öffentlichkeit tragen. Auch die internationalen Institutionen wie die UN oder die EU können in diesem Prozess als Unterstützer oder fungieren. Grund für den bewaffneten Widerstand war die Leugnung des kurdischen Volk. Nach der Gründung der türkischen Republik wurden dem kurdischen Volk sämtliche seiner Rechte entzogen. Durch die Rückgabe der Grundrechte könnte zu einer entscheidenden Demokratisierung der Türkei und einem friedlichen Zusammenleben der Völker der Türkei beitragen. Wir befinden uns in einer äußerst kritischen Phase, denn durch jedes falsche Wort und jede Aktion kann der Krieg neu entfacht werden. Die kurdische Seite ist zu einem gerechten und würdevollen Frieden bereit. Unser Vorsitzender Abdullah Öcalan hat seine Hand zum Frieden ausgestreckt, es gilt abzuwarten, ob die Gegenseite auch ihm die Hand zum Frieden und zu einer politischen Lösung reichen wird.

Impressum

Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

Bornheimer Landstraße 48
60316 Frankfurt a.M.

E-Mail: info[at]civaka-azad.org
Telefon: 069/84772084
Mobil: 01573/8485818
http://civaka-azad.org/